



Stellenausschreibung
des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
vom
06. Dezember 2018

Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) ist am Dienort Bonn im Referat S II 3 „Bundesaufsicht im Strahlenschutz“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Funktion

einer Referentin/eines Referenten

zu besetzen.

Das Entgelt richtet sich nach Entgeltgruppe 13 / 14 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) bzw. für Beamtinnen und Beamte in der Besoldungsgruppe A 13 / 14 (Regierungsrätin/Regierungsrat bzw. Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat).

Das Referat S II 3 führt die Zweckmäßigkeitssaufsicht nach Artikel 85 Grundgesetz über die Genehmigungs-, Anzeige- und Anmeldeverfahren der Länder für den Umgang mit radioaktiven Stoffen und den Betrieb von Röntgeneinrichtungen und Störstrahlern in der Medizin, der Forschung und Industrie, den Betrieb von Beschleunigern und den Einsatz von Personal in kerntechnischen Anlagen durch.

Aufgaben:

- Mitwirkung bei der Zweckmäßigkeitssaufsicht über Genehmigungs-, Aufsichts- und Zulassungsverfahren der Länder nach Strahlenschutzrecht insbesondere zum radiologischen Arbeitsschutz, der radiologischen Messtechnik, dem Umgang mit radioaktiven Stoffen sowie den technischen Anforderungen an den Betrieb von Röntgeneinrichtungen und Anlagen zur Erzeugung ionisierender Strahlung
- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Strahlenschutzkonzepten und -regelungen
- Mitwirkung bei der Koordinierung der nationalen und internationalen Aktivitäten im Bereich der technischen Normen für geräte- und messtechnische Anforderungen nach Strahlenschutzrecht
- Mitwirkung bei Bund-Länder-Ausschüssen zu Fragen des radiologischen Arbeitsschutzes und der technischen Anforderungen im Strahlenschutz
- Vorbereitung, Betreuung und Nachbereitung von Beratungen der Strahlenschutzkommission und der Entsorgungskommission zu physikalischen Fragestellungen im Rahmen des Strahlenschutzes einschließlich deren Umsetzung
- Mitwirkung in internationalen Gremien

Anforderungen:

- Abgeschlossenes naturwissenschaftliches Hochschulstudium
- Fundierte Kenntnisse im Strahlenschutz und physikalischer Messtechnik
- Interesse an fachthemenübergreifenden Analysen für die politische Umsetzung
- Kontaktfreudigkeit, Verhandlungsgeschick sowie Durchsetzungs- und Überzeugungsvermögen
- Teamfähigkeit, Flexibilität, hohe Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft und Entscheidungsfreude
- Fundierte PC-Anwenderkenntnisse
- Verhandlungssicheres Englisch

Sie verfügen über eine ausgeprägte persönliche und soziale Kompetenz. Sie haben Interesse daran, Expertenwissen zu erwerben und sich weiter zu qualifizieren sowie im unmittelbaren Kontakt mit unterschiedlichen Akteuren an der Lösung aktueller Probleme mitzuwirken.

Schriftliche Bewerbungen (bitte nicht per E-Mail) werden **unter Angabe der Kennziffer 1390/18 bis zum 20. Dezember 2018 (Eingang im Ministerium)** an das

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Arbeitsgruppe Z I 1
Postfach 12 06 29
53048 Bonn

erbeten.

Es wird anheimgestellt, ggf. auch außerberuflich erworbene Fähigkeiten, Qualifikationen und Erfahrungen anzugeben, die für die Auswahlentscheidung relevant sein könnten.

Das BMU gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen und fördert die Vielfalt unter den Mitarbeitenden.

Von schwerbehinderten Bewerberinnen/Bewerbern wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt; sie werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wir freuen uns, wenn sich Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten angesprochen fühlen.

Die Wahrnehmung der Aufgaben ist grundsätzlich auch im Wege der Teilzeitbeschäftigung möglich.